

Sitzungsperiode 2020-2021
Sitzung des Ausschusses IV vom 17. März 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 575 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zu den Nanopartikel-Masken von Avrox**

Im vergangenen Jahr hat die Föderalregierung kostenlose Mundschutzmasken von der in Luxemburg ansässigen Firma Avrox an die Bevölkerung verteilt. Auch die Regierung der DG hatte seinerzeit über einen deutschen Großhandel und den Eupener Firmen Polytex und ROM Masken von einem Hersteller aus Vietnam geordert. Bei beiden Modellen handelte es sich um Stoffmasken, die mit Nano-Silber-Partikeln ausgestattet sind.

Nun berichtete das GrenzEcho unlängst, dass der Hohe Gesundheitsrat die Empfehlung ausgesprochen hat, diese Masken aus dem Verkehr zu ziehen, da ein Verdacht auf Toxizität im Hinblick auf die Enthaltenen Nano-Silber-Partikel und Titanoxid bestünde. Die Nanopartikel könnten sogar zu schweren Lungenentzündungen führen. Es soll nun kurzfristig eine unabhängige Studie erfolgen, die die luxemburgischen Masken auf deren mögliche Gefahren untersucht.¹

In unserer Schriftlichen Frage Nummer 61 vom 3. Juni 2020 haben wir bereits auf verschiedene potentielle Gefahren hingewiesen, die von Nanopartikel aus Silber ausgehen und unsere Bedenken klar geäußert. Unter anderem haben wir die Frage gestellt, weshalb sich ausgerechnet für einen Mundschutz entschieden wurde, dessen Material schon lange umstritten ist. Diese Frage wurde Ihrerseits nicht beantwortet.

Darüber hinaus haben Untersuchungen des privaten Umweltinstituts haben gezeigt, dass die derzeit verwendeten Masken zum Teil große Mengen an Schadstoffen abgeben, wie zum Beispiel der krebserregende Stoff Formaldehyd. Beim Tragen über mehrere Stunden entstehe Mikroplastik, der über die Atemluft in die Lungen gelange.²

Die Vivant-Fraktion ist der Meinung, dass eine allgemeine unabhängige Studie zum stundenlangen Tragen einer Mundschutzmaske lange fällig ist, um die Risiken und Schäden, die dadurch im Körper und auf der Haut verursacht werden, ans Licht zu bringen.

In Ihrer Funktion als Gesundheitsminister, der für die Prävention zuständig ist, haben wir in dem oben beschriebenen Kontext folgende Fragen an Sie:

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ **Grenz-Echo:** Belgien zieht Masken aus dem Verkehr - Hersteller Avrox zeigt sich erstaunt über die Aktion - <https://www.grenzecho.net/50948/artikel/2021-02-25/belgien-zieht-masken-aus-dem-verkehrhersteller-avrox-zeigt-sich-erstaunt-uber>

² **Frankfurter Rundschau:** Corona-Masken geben Mikroplastik ab - <https://www.fr.de/politik/coronamaske-ffp2-mikroplastik-muell-meer-gesundheit-90190572.html>

- *Wie stehen Sie heute zu den Nano-Silber-Partikel Masken, die Sie noch vor einem Jahr nach bestem Wissen und Gewissen verteilt haben?*
- *Inwieweit sollte, Ihrer Meinung nach, die unabhängige Studie zu den Avrox-Masken auf die innerhalb der DG verteilten Mund-Nasen-Bedeckungen ausgeweitet werden?*
- *Wie bewerten Sie die Notwendigkeit einer breit gefächerten Untersuchung zum Tragen von Masken über einen längeren Zeitraum?*

• **Frage Nr. 576 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu Nanopartikeln in den Avrox-Stoffmasken**

Ende Februar veröffentlichte die RTBF die ersten Ergebnisse einer vertraulichen Studie von Sciensano, die behaupten, dass die Stoffmasken von Avrox Nanopartikel aus Silber und Titandioxid enthalten.

Auch wenn Sciensano darauf hinweist, dass die aktuellen Einschätzungen, die sehr vorläufig sind, "keine Abschätzung ermöglichen, ob diese Nanopartikel tatsächlich aus den Masken freigesetzt werden und in welchem Ausmaß die Benutzer ihnen ausgesetzt sind", riet der föderale Gesundheitsminister, der sich auf eine Stellungnahme des Hohen Rats für Gesundheit stützt, der Bevölkerung, sie vorsichtshalber vorerst nicht zu benutzen.

Hierzu unsere Fragen:

- *Welche sind Ihre Empfehlungen bezüglich der gratis zur Verfügung gestellten Stoffmasken an die Bevölkerung?*
- *Die Masken, die von der DG ausgeteilt wurden, kommen ebenfalls aus dem Vietnam. Haben Sie, Herr Minister, herausfinden können, ob diese Stoffmasken auch Nanopartikel enthalten?*
- *Sollten wir die von der DG ausgegebenen Masken nicht mehr tragen?*

• **Frage Nr. 577 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Menschenrechten in Altenheimen**

Der Belgische Rundfunk berichtete kürzlich, dass nicht weniger als elf Menschenrechtsorganisationen dringende Maßnahmen zur Einhaltung der Menschenrechte in den Alten- und Pflegeheimen fordern.³

So haben unter anderem Amnesty International und die Menschenrechtsliga jetzt eine entsprechende Petition an den Föderalstaat und die Teilstaaten gerichtet.

In einem Kommuniké stellen die Organisationen fest, dass die Alten- und Pflegeheime während der Krise vergessen wurden. Sie kritisieren den Mangel an Personal und die Nicht-Einhaltung des Wohlbefindens und der Würde der älteren Menschen. Oft seien über den Kopf der Senioren hinweg, unangebrachte Maßnahmen getroffen worden.

Hierzu meine Fragen:

- *Sind ihnen dazu ähnliche Hinweise – wenn auch nur vereinzelt – aus Ostbelgien bekannt?*
- *Gibt es Unterschiede zwischen Inspektionsberichten und den Hinweisen von Bewohnern unserer Seniorenheime und deren Angehörigen?*
- *Haben sich die eventuellen Beschwerden in der Corona-Zeit hinsichtlich ihrer Anzahl oder ihrer Qualität verändert?*

³ <https://brf.be/national/1466026/>

- **Frage Nr. 578 von Herrn VELZ (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Meldung von Covid-Erkrankungen und zur damit im Zusammenhang stehenden Kontaktnachverfolgung**

Um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen, hat der größte Teil der Bevölkerung in den vergangenen Monaten seine physischen Kontakte so gut es ging reduziert, wissend, dass die Einschränkung der Kontakte neben dem Tragen von Masken und den allgemeinen AHA-Regeln und das wirksamste Mittel gegen die Verbreitung des Virus sind, zumindest bis jetzt, wo die Wirkung der Impfungen noch nicht gesellschaftlich breit durchgeschlagen haben.

Es gibt allerdings auch in der DG offensichtlich immer noch Menschen, die sich um all diese Vorsichtsmaßnahmen keinen Deut zu scheren scheinen.

So wurde mir vor Kurzem ein Fall zugetragen, wo sich mehrere Personen mit dem Coronavirus angesteckt hatten und in der Folge Symptome einer Corona-Erkrankung aufwiesen.

Ein Teil der Betroffenen legte sich selbst und ihren Familien eine Quarantäne auf, andere ließen ihre Kinder weiter zur Schule und zum Sportverein gehen, hielten sich also nicht an die vorgeschriebene Vorgehensweise zur Nachverfolgung der Kontakte.

Meine Frage an Sie, Herr Minister, lautet:

- *Ist jemand, der Symptome aufweist, verpflichtet, dies seinem behandelnden Arzt zu melden, sich einem Test zu unterziehen und seine Kontakte weiterzugeben oder ist er nur dazu angehalten? Oder anders herum gefragt: Muss ein Betroffener mit Sanktionen rechnen, wenn er seinen Fall nicht beim Arzt meldet und stattdessen seine Covid-Erkrankung still und heimlich zu Hause auskuriert, aber gleichzeitig eine Kontaktnachverfolgung unmöglich macht?*

- **Frage Nr. 579 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zu den Lockerungen der Corona-Maßnahmen in den WPZs**

Am 22. Februar hat ein Austausch zwischen der DG und den Heimleitern der WPZs stattgefunden. Dabei ging es um mögliche Lockerungen der Maßnahmen in den WPZs, wie in einer Pressemitteilung des Ministeriums vom 23. Februar zu lesen ist. Besagter Pressemitteilung ist sinngemäß ebenfalls zu entnehmen, dass die Regierung die Rahmenbedingungen möglicher Lockerungen definiert und die Heime in Eigenverantwortung über die jetzigen und zukünftigen Maßnahmen, die in ihrem Heim umgesetzt werden, entscheiden können.

Aus einer Mitteilung von VIVIAS (datiert auf den Februar dieses Jahres) an die Bewohner und Bewohnerinnen der WPZs Sankt Elisabeth und ihre Angehörigen ist wörtlich zu entnehmen, dass es um bevorstehende Lockerung geht, „wie sie gemeinsam mit dem Ministerium für alle Wohn- und Pflegezentren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 22. Februar 2021 festgehalten wurden“.

Es fällt auf, dass beide Darstellungen nicht deckungsgleich sind. Diesen Formulierungen scheinen unterschiedliche Auslegungen zugrunde zu liegen.

Meine Fragen dazu sind folgende:

- Welche Darstellung entspricht letztendlich den wirklich getroffenen Absprachen vom 22. Februar 2021?
- Wurden die beschlossenen Lockerungen für die beiden WPZs Sankt Elisabeth und Hof Bütgenbach, wie in der Mitteilung von VIVIAS dargestellt, von der Regierung in irgendeiner Weise vorgegeben oder gar vordiktiert?
- Wenn das nicht der Fall ist, was sind die Hintergründe von VIVIAS zu der gewählten Formulierung in ihrer Mitteilung?

• **Frage Nr. 580 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Prävention bei Übergewicht**

Rund 15% der belgischen Bevölkerung sind von Übergewicht betroffen.

Bei vielen betroffenen reichen eine Ernährungsumstellung und ausreichend Bewegung nicht mehr aus, um die Krankheit zu besiegen. Sie greifen daher auf operative Eingriffe, zum Beispiel einen Magen - Bypass zurück, wie die Zeitung Le Soir am 4. März berichtete. Im Jahr 2016 haben 14.000 Belgier auf einen solchen Eingriff zurückgegriffen.

Ziel dieser Eingriffe ist es nicht bloß das Gewicht zu reduzieren, sondern viel wichtiger noch: Das Risiko von Krankheiten, die in Verbindung mit Übergewicht stehen zu minimieren. Denn die Folgen von Übergewicht sind für die betroffenen Patienten alles andere als angenehm, und verkürzen in vielen Fällen sogar die Lebenserwartung.

Auch die gesellschaftlichen Kosten, die durch solche Folgeerkrankungen entstehen sind nicht zu unterschätzen.

Sehr geehrter Herr Minister, meine Fragen an Sie lauten:

- Welche präventiven Maßnahmen werden für Übergewichtige in der DG angeboten?
- Offensichtlich droht die Corona Pandemie dieses Problem zu verschärfen. Müssen zusätzliche Maßnahmen für die nahe Zukunft nach der Pandemie vorgesehen werden?

• **Frage Nr. 581 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Schaffung von neuen Berufsprofilen in den WPZS**

In der Kontrollwoche von Februar 2021 haben Sie in Ihrer Antwort auf die Frage von Kollegin Evelyn Jadin Folgendes erwähnt:

"Die Zugangsmöglichkeiten sind erst mit einer Ausbildung möglich, [...]. Anders wäre es, wenn wir zur Unterstützung der Pflegeberufe in den Wohn- und Pflegezentren neue Profile einsetzen würden. Ich betone allerdings, dass diese Profile die Pflegehelfer und Krankenpfleger unterstützen, aber nicht ersetzen sollen.

Es gibt eine Reihe von Verwaltungs-, Logistik- und Begleitaufgaben, die durchaus von neuen Berufsprofilen wahrgenommen werden könnten."

Die langersehnten Personalnormen werden unter dem Aspekt des Fachkräftemangels wohl keine unmittelbaren Antworten auf den Personalmangel in den Heimen geben können. Diese Idee von Ihnen, Herr Minister, beobachten wir mit viel Interesse.

In Anbetracht der Tatsache, dass die WPZS stark unter Personalmangel leiden und dass sie aktuell für die Finanzierung an gewisse Berufsprofile gebunden sind, möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Haben Sie schon konkrete Ideen bezüglich dieser neuen Berufsprofile für die WPZS?*
- *Werden die WPZS in die Überlegungen zur Schaffung neuer Profile eingebunden?*
- *Ab wann könnten Personen anderer Berufsgruppen in den WPZS eingestellt werden, mit Gegenfinanzierung der DG versteht sich?*

• **Frage Nr. 582 von Frau VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu: Liste der Testverfahren unserer Logopäden für die DG aktualisieren**

Damit Kinder eine Sprachtherapie bei einem Logopäden in Anspruch nehmen können und diese von der Krankenkasse erstattet wird, ist im Vorfeld ein IQ-Test nötig. Liegt der IQ eines Kindes unter einem bestimmten Wert, übernimmt die Krankenkasse die Kosten nicht, da andere Lösungen vorgesehen sind.

Auch Logopäden führen während einer Therapie Testungen durch, beispielsweise im Sprach-, Sprech-, Stimm-, Schluck-, Lese-, Rechtschreib- und Rechenbereich. Auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dürfen nur Testverfahren genutzt werden, die das LIKIV (INAMI) auf einer Liste vorgibt.

Laut zahlreichen Logopäden ist diese Liste allerdings sehr veraltet und vor allem für den Gebrauch im deutschsprachigen Gebiet nicht immer geeignet.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen als Gesundheitsminister folgende Fragen stellen:

- *Ist unsere Regierung gewillt, Kontakt mit dem LIKIV aufzunehmen, um die bestehende Liste von Testverfahren zu aktualisieren und auch Testverfahren aufzunehmen, die für das deutschsprachige Gebiet passend sind?*
- *Welche Fachleute (hiesige Logopäden, Kompetenzzentrum, Kaleido, Psychologen,...) will die Regierung in die Überlegungen einbeziehen, um für die DG passende Testverfahren zu bestimmen?*

• **Frage Nr. 583 von Herrn VELZ (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den Einladungen zur Impfung**

Mir wurde zugetragen, dass einer Dienstleisterin im schulisch-sozialen Bereich, die schon beide Teile einer Covid-Impfung erhalten hatte, wenige Tage nach der zweiten Impfung erneut eine Einladung zum Termin für eine erste Impfung zugeschickt wurde.

Meine Frage dazu:

- *Gibt es eine zentrale Stelle in der DG, welche die Einladungen zur Impfung verschickt und die in der Lage ist, doppelte und damit überflüssige Einladungen zur Impfung zu erkennen und zu vermeiden ?*

• **Frage Nr. 584 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Corona-Impfung des Lehrpersonals**

Nachdem die Wohn- und Pflegezentren, sowie das Personal aus dem medizinischen und paramedizinischen Bereich bereits geimpft wurden steht in den nächsten Tagen die Vakzination der zu Hause lebenden Seniorinnen und Senioren auf der Agenda.

In einigen Ländern wird das Personal des Unterrichtswesens vorzeitig geimpft. Dies wird oft kontrovers diskutiert.

Für viele Menschen gibt es triftige Gründe die Impfung des Lehrpersonals vorzuziehen:

- Lehrerinnen und Lehrer kommen täglich in der Schule mit sehr vielen Menschen in Kontakt.
- Sie werden nicht durch eine Plexiglasscheibe vor ihren Schülern geschützt.
- Das „in den Arm nehmen“ eines traurigen Kindes gehört zum Alltag in den Kindergärten.

Allerdings, so monieren andere Personen, würden Krebspatienten, Ehemänner von Hochrisikoschwangeren oder Sprechstundenhilfen somit noch länger auf ihre Impfung warten müssen.

Welche die richtige Maßnahme ist, werden wir wohl erst in ein paar Jahren wissen.

Hierzu meine Fragen:

- *Wie gestaltet sich diese Diskussion in Ostbelgien?*
- *Wie sieht der Impfplan für das Lehrpersonal in der DG aus?*

• **Frage Nr. 585 von Frau STIEL (VIVANT) an Minister ANTONIADIS zum Astrazeneca-Impfstoff**

Der Astrazeneca Impfstoff macht weiter von sich reden. Nachdem es erst eine Kontroverse um die Wirksamkeit, bzw. Nicht-Wirksamkeit bei älteren Menschen gab, gibt es nun ein Streitthema wegen möglichen ernsthaften Nebenwirkungen. Nach Todesfällen in Dänemark und Österreich im Anschluss an die Impfung mit dem Astrazeneca-Impfstoff, haben die Länder Dänemark, Island, Italien, Norwegen, Österreich und die Baltischen Staaten die Verabreichung dieses Impfstoffs vorübergehend ausgesetzt.

Berichte über Blutgerinnsel, ausgelöst durch den Impfstoff, sollen erst untersucht werden.

Das Pharma-Unternehmen Astrazeneca verteidigt die Sicherheit seines Produktes und die europäische Arzneimittelagentur EMA, erklärt, dass kein kausaler Zusammenhang zwischen den Blutgerinnseln und dem Wirkstoff nachgewiesen werden konnte.

Ebenso erklärt die EMA, dass der Nutzen des Impfstoffs weiterhin die Risiken überwiegt. Damit wird im Umkehrschluss aber auch offen zugegeben, dass es diese Risiken gibt, was bis dato immer eher bestritten wurde.

Die belgische Regierung hingegen, lässt keinen Zweifel am Astrazeneca-Impfstoff zu. Eine vorübergehende Aussetzung der Impfung, um die Bedenken im Sinne der Menschen gründlich untersuchen zu können, kommt nicht in Frage.

Dieser ist sicher und basta.

Kritische Stimmen meinen, dies könnte auch daran liegen, dass Belgien vom Astrazeneca-Wirkstoff die zweitmeiste Menge bestellt hat (nach Pfizer). Diese Mengen müssen schließlich auch unters Volk, besser gesagt ins Volk gebracht werden.

In Ihrer Funktion als Gesundheitsminister der DG, welche für die Prävention zuständig ist, möchten wir Ihnen folgende Frage stellen:

- *Unterstützen Sie zu 100 % die Ansicht der Föderalregierung , dass es keinerlei Probleme mit dem Astrazeneca-Impfstoff gibt?*
- *Werden Meldungen zu Nebenwirkungen nach der Impfung in der DG systematisch erfasst?*
- *Wissen muss einfach abrufbar sein, deshalb, wo sind diese Informationen für jeden Bürger ersichtlich?*